

SYSTEMRELEVANT 39

Kommt die Wirtschaft wieder ins Rollen oder bleiben durch die Corona-Pandemie Schäden zurück? Sebastian Dullien und Marco Herack sprechen über die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen des Jahres 2021.

Marco Herack:

Heut ist Montag, der 4. Januar 2021. Willkommen zur 39. Folge von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Das Jahr 2021 ist angebrochen, das zweite Jahr mit Corona. Ich finde, die Frage ist ja naheliegend, Sebastian, hast du dir vor Neujahr heimlich Böller im Internet gekauft, um aller Verordnungen zum Trotz die bösen Geister zu vertreiben?

Sebastian Dullien:

Nein, das habe ich nicht getan. Ich muss auch zugeben, dass ich nicht der größte Böllerfreund bin. Ich lebe ja in Berlin und ich habe eine Zeit lang in Moabit gewohnt, eine Zeit lang in Kreuzberg und da war es vor Silvester immer schwierig, überhaupt von der Wohnung ins Geschäft oder irgendwo hinzukommen, ohne von den Balkons mit Böllern beworfen zu werden. Das ist eigentlich ... ich finde das hier ein bisschen zu viel. Es ist ja auch so, wenn man so in einem normalen Silvester da war, dann sieht man vielleicht den Fernsehturm am Alexanderplatz noch so die ersten zwei, drei Minuten und danach ist es so staubig und rauchig, dass man das nicht mehr sieht. Und von daher haben wir dieses Jahr keine Böller gehabt.

Marco Herack:

Aber böse Geister.

Sebastian Dullien:

Also ehrlich gesagt, hier in Berlin haben die anderen Leute noch genug geknallt, dass wahrscheinlich die bösen Geister auch das nächste Jahrzehnt noch weg sind. Also da würde ich mir jetzt keine so großen Sorgen machen.

Marco Herack:

Okay, weil in Köln war es ziemlich ruhig und die Straßen sauber. Aber es gab so ein paar Leute, die haben dann ihre Dachterrasse genutzt zum Böllern und Ballern, so nach dem Motto: da soll mich doch erst mal einer erwischen und runterziehen.

Sebastian Dullien:

Ich weiß gar nicht, war bei euch denn Böllern verboten?

Marco Herack:

Ja.

Sebastian Dullien:

Bei uns war Böllern ja erlaubt, es war nur der Verkauf verboten.

Marco Herack:

Ja, soweit ich weiß, war es nicht erlaubt.

Sebastian Dullien:

Wir haben ja Föderalismus, da hat man dann eine schöne Vielfalt an Regeln.

Marco Herack:

Wir allerdings wollen nicht die bösen Geister hier austreiben in der Hans-Böckler-Stiftung, aber wir werden trotzdem ein paar Änderungen zum Neujahr hier am und im Podcast vornehmen. Sebastian, was haben wir denn vor?

Sebastian Dullien:

Bislang hieß dieser Podcast ja immer – vielleicht hat der ein oder andere das schon gemerkt – „Der Wirtschaftspodcast mit Sebastian Dullien“, auch im Intro. Und wir haben uns in der Hans-Böckler-Stiftung überlegt, dass ja die Stiftung viel, viel mehr zu bieten hat als nur das, was das IMK macht, das ich ja vertrete. Die Hörerinnen und Hörer haben ja vielleicht schon Bettina Kohlrausch, also die Direktorin des WSI, und Johanna Wenckebach, die Direktorin des HSI, hier gehört. Unsere Überlegung war jetzt eben, dass wir das erweitern wollen und ich eine kleinere Rolle da nur noch einnehme, also nicht mehr im Prinzip regelmäßig jede Woche da bin mit Ausnahmen, sondern dass wir so einen etwas rotierenden Turnus da machen, damit wir eben die ganze Breite der Forschung der Hans-Böckler-Stiftung hier präsentieren können. Und das, haben wir uns überlegt, das machen wir jetzt ab dem Jahreswechsel.

Marco Herack:

Ja. Und das heißt, wir werden dann immer mal wieder Bettina Kohlrausch, Johanna Wenckebach, Dorothea Voss und Daniel Hay hier begrüßen, die uns dann über ihre Arbeit erzählen. Ja, wie sich das dann einpegelt, das werdet ihr dann sicherlich in den nächsten Wochen merken. Und wenn ihr uns über eure heimliche Böllerei informieren wollt und/oder sonstige Ideen zu den Änderungen habt, dann könnt ihr uns dann auf Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Das bleibt auch alles gleich. Hinweise, Korrekturen und Anregungen also bitte einfach einsenden. Und Sebastian findet ihr auf Twitter als @SDullien, also Sebastian Dullien. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute mit dem Jahr 2021 beschäftigen. Ja, also in einem kleinen Jahresausblick, könnte man sagen – eher so im Sinne der Herausforderungen, weniger im Sinne eines Ausblicks. Also es ist ja recht offensichtlich, dass wir vor ein paar Herausforderungen stehen. Und die größte scheint mir momentan, ja, wie machen wir denn das mit dem Impfen. Also da werden Impfzentren geschlossen, weil der Impfstoff fehlt, Leuten wird die fünffache Dosis verabreicht oder wie wir jetzt wissen, vielleicht sogar die sechsfache Dosis. Der Impfstoff selbst gibt irgendwie eine Dosis mehr her als genehmigt, aber um die nutzen zu können, muss man dann auch erst mal wieder eine Genehmigung beantragen und genehmigt bekommen. Also irgendwie ist das so am Anfang hier gelebtes Chaos. Und die Debatte wird immer lauter gen Regierungsversagen, Rücktrittsforderungen. Die Leute sind wütend. Sebastian, was meinst du; brechen wir uns da gerade das Genick oder sind das nur so Anfangsschwierigkeiten?

Sebastian Dullien:

Sagen wir mal so, das ist nicht schön, wie das gerade läuft, dass es da diese Verzögerungen gibt. Das ist insbesondere deshalb nicht schön, weil natürlich jede Verzögerung beim Impfen es länger dauern lässt, bis wir die Pandemie im Griff haben. Und das heißt, es gibt mehr Kranke, mehr Tote und wahrscheinlich auch mehr Ausfall bei der Wirtschaftsleistung. Von daher ist das wirklich, ja, soll man das jetzt nicht verharmlosen. Auf der anderen Seite glaube ich schon, dass das Anfangsprobleme sind und ich würde davon ausgehen, dass das in den nächsten Wochen und Monaten deutlich runder läuft auf Dauer, insbesondere wenn weitere Impfstoffe noch da sind und wir jetzt nicht nur den BioNTech/Pfizer-Impfstoff haben, der ja auch so massiv gekühlt werden muss, sondern dass wir auch Impfstoffe bekommen, die man im normalen Kühlschrank lagern kann und die dann irgendwann auch von den normalen Arztpraxen verimpft werden können. Ich glaube, spätestens dann werden wir auch richtig Fahrt da reinbekommen. Und man sagt ja immer, das ist eigentlich unmöglich oder es ist sowieso schwer vorstellbar, dass so viele Deutsche so schnell geimpft werden. Andererseits ist in der Grippezeit 2018, 2019, ich habe das heute noch mal nachgesehen, da sind, glaube ich, 15 Millionen Dosen Grippeimpfstoff innerhalb von wenigen Wochen verimpft worden. Und da muss man sich schon fragen, also wenn der Impfstoff da ist und der auch nicht so schwer zu händeln ist wie der jetzige, warum sollte das nicht funktionieren. Und von daher wäre ich schon optimistisch, dass das einfach in den nächsten Monaten klappt trotz der Anlaufschwierigkeiten, wo man tatsächlich drüber reden muss, wer da jetzt was versemelt hat. Denn, ja, wenn das jetzt Minister sind oder verantwortliche Personen und die haben wirklich Mist gebaut, dann muss man sich schon fragen, ob man die nicht ersetzen sollte.

Marco Herack:

Wir haben es ja eigentlich letztes Mal schon gehabt, aber so die Debatte ist da noch mal so richtig aufgeflammt in Sachen Impfstoffkauf, dass man da seitens der Politik vielleicht doch etwas zu vorsichtig agiert hat.

Sebastian Dullien:

Ja, das wird jetzt diskutiert. Ich kann das ganz schlecht beurteilen. Und Christian Drosten hat ja auch gesagt, das sei schwierig zu beurteilen, denn natürlich hätte man mehr bestellen können, nur, wenn man mehr bestellt hätte, wäre dann jetzt auch mehr da. Denn es gibt ja tatsächlich Produktionskapazitäten. Und so einfach scheint man ja die Produktion jetzt auch nicht hochfahren zu können – also zumindest nicht über Nacht. Sondern das ist ein gewisser Vorlauf, das sind komplexe Prozesse, da braucht man Personal zu. Ganz so einfach ist es wahrscheinlich nicht. Zumal man sich ja auch überlegen muss, man hätte natürlich jetzt mehr kaufen können, aber das Ergebnis wäre vielleicht, dass andere Länder dann weniger abbekommen hätten. Und zu einer Normalisierung gehört nun auch, dass die Länder, mit denen wir viel Kontakt haben, dass die sich auch impfen lassen. Das hilft dann eben auch, diese Pandemie schneller in den Griff zu bekommen. Von daher, ich würde mir jetzt sehr ungerne über diese Beschaffungsstrategie ein Urteil erlauben, weil ich einfach nicht genau weiß, was da die Implikationen sind. Also ganz einfach auch so, natürlich hätte man sagen können, man bestellt einfach von jeder Firma, die irgendwo da auf dem Markt ist, was man braucht, 900 Millionen Dosen, um die ganze EU durchzuimpfen. Es gibt da

ja Rohstoffe, es gibt da ja Sachen wie wahrscheinlich auch die Behälter und so was, wo es jetzt nicht so einfach ist, so viel kurzfristig zu beschaffen. Und dann weiß man auch nicht, ob diese Firmen, wenn sie jetzt diese feste Bestellung haben, wie sich das darauf auswirkt, auf ihre Eile, die Sachen dann in den Markt zu bringen. Also ich könnte mir schon vorstellen, dass der ein oder andere sagt, na ja, gut, dann machen wir jetzt diese Überstunde vielleicht nicht mehr, wenn wir ohnehin wissen, dass wir eine Milliarde Dosen praktisch verkauft kriegen, egal wann wir damit fertig sind und wann wir die liefern können.

Marco Herack:

Ja gut, Bill Gates hat, glaube ich, im ... ich habe es heute noch mal nachgeguckt, Mitte bis Ende April hat der damals schon gesagt, also wenn ihr wollt, dass das mit der Impfung dann zügig läuft, wenn sie denn dann da ist, dann müsst ihr eigentlich jetzt schon beginnen, für alle potenziellen Impfstoffkandidaten die Produktionsstätten aufzubauen und dann quasi lieber zu viel Produktionsstätten finanzieren, die man dann nicht braucht oder später braucht, aber man hat dann halt möglichst viel möglichst schnell verfügbar. Aber das ist ja offensichtlich nicht geschehen.

Sebastian Dullien:

Ja, aber auch da ist es natürlich jetzt nicht ganz trivial, wie man das dann mit den Firmen vereinbart, dass sie das auch tun. Also weil für die Unternehmen besser ist, selbst wenn ich eine Großbestellung habe, die Sachen mit bestehenden Kapazitäten oder ohne den größtmöglichen Kapazitätsausbau quasi zu produzieren. Wenn ich jetzt eine Fabrik baue, die eben diese 900 Millionen Dosen in zwei Monaten produzieren kann, die steht dann da und danach brauche ich sie wahrscheinlich nicht mehr. Und da ist es immer günstiger für die Firma, das mit einer Fabrik zu machen, die meinetwegen nur 200 Millionen Dosen über zwei Monate herstellen kann und dann eben länger ausgelastet ist. Also das ist alles nicht völlig trivial, das so hinzubekommen. Es scheint allerdings tatsächlich, dass da jetzt einige Sachen nicht so laufen, wie man sich das vorgestellt hätte, auch wenn man sich einfach die Zahlen anguckt, wie viel Impfdosen eigentlich da sein sollten und wie viel verimpft worden ist. Wenn man dann hört, dass die Länder jetzt eine Woche lang überhaupt, keine Lieferungen vom Bund bekommen, also da scheinen einige Dinge nicht ganz so zu funktionieren, wie man sich es gewünscht hätte.

Marco Herack:

Ja, im wirtschaftlichen Sinne ist es natürlich deswegen interessant, weil so ein Staat ja dann oder die Staaten in diesem Fall ja dann schon sagen könnten, na ja, dann lassen wir uns die Fabrik das halt kosten, zahlen wir als Staat halt, Hauptsache die produzieren, wir sind da möglichst schnell raus. Vielleicht muss man ja dann in einem Jahr eine modifizierte Impfung geben für die neue Welle von mutierten Covid-Viren oder sonst was. Jedenfalls, dass man einfach möglichst schnell möglichst radikal diese Impfung einführt und dann den wirtschaftlichen Schaden, der ja derweil entsteht, während sie nicht verteilt werden, ja, den könnte das ja überkompensieren.

Sebastian Dullien:

Na, ja klar. Wenn die Regierung jetzt auch einfach alle Unternehmen steuern würde, dann wäre das möglicherweise einfacher zu machen. Also auch in der Geschichte,

wenn wir uns angucken, wie zum Beispiel Mobilmachungen im Krieg stattgefunden haben, da ist das nicht immer so, dass die Unternehmen da locker mitgemacht haben, auch wenn die Regierungen das wollten. Also in den USA wird gerne erzählt diese Geschichte von General Motors, als die USA dem Zweiten Weltkrieg beitreten wollten und die gesagt haben, na ja, also wir wollen jetzt, dass ihr Militärfahrzeuge herstellt und keine Zivilfahrzeuge. Dann haben die erst mal gesagt, na ja, das dauert halt ein paar Jahre, bis wir das umgerüstet haben. Und da musste erst, zumindest wird das so berichtet, dann haben die Gewerkschafter gesagt aus Patriotismus, wir glauben aber, dass das schneller geht und dann ging es auch hinterher irgendwie schneller. Aber der Punkt ist hier, dass da auch das Management, obwohl es eine nationale Aufgabe war, dieser Krieg, eigentlich lieber Zivilfahrzeuge verkauft hätten, weil sie eine höhere Gewinnmarge gesehen haben. Man muss davon ausgehen, dass einfach gewinnorientierte Unternehmen zumindest zum Teil so ein Kalkül miteinfließen lassen. Und von daher ist es nicht ganz einfach, die jetzt auf eine Investitions- und Produktionsstrategie festzulegen.

Marco Herack:

Auch bei dem anderen Thema, über das wir Ende des letzten Jahres schon geredet haben, geht jetzt die Debatte wieder los. Ich glaube, morgen oder so gibt es eine Entscheidung. Auf alle Fälle die Tage. der jetzige verschärfte Lockdown Light, ich glaube, das ist die inoffizielle offizielle Bezeichnung dafür, ja, er soll jetzt bis 31. 1. verlängert werden, kam heut rein. Das hat sich ja eigentlich schon abgezeichnet, die können da immer nur so im vier-Wochen-Rhythmus das verlängern. Deswegen konnte man das letztes Jahr schon sagen. Das heißt also, in den aktuellen Schätzungen für das Wirtschaftswachstum oder Wirtschafts-Nicht-Wachstum ja vielleicht auch müsste dieser 31. 1. da ja noch mit verrechnet sein. Trotzdem ist jetzt so eine Diskussion losgetreten worden, unter anderem von DIW, Herrn Fratzscher, dass man da doch vielleicht zu optimistisch ist und dann doch viel mehr Unternehmen, gerade auch kleinere Unternehmer in die Insolvenz gehen werden und es dann doch größere Folgeschäden gibt. Also da droht uns dann jetzt doch noch mal eine Verschärfung.

Sebastian Dullien:

Na ja, das kommt jetzt auf verschiedene Dinge an. Also in unserer Prognose, wo wir diese 4,9 Prozent für das laufende Jahr für 2021 sehen, da sind wir noch von einer Verlängerung des Lockdowns nicht ausgegangen. Also da haben wir die Verschärfung drin, das heißt das Schließen von Schulen und von Einzelhandel, aber eben nur bis in den Januar hinein und nicht bis zum 31. Januar. Natürlich verändert das die Wirtschaftsleistung oder die Prognose ein bisschen im Zweifel. Weil das erste Quartal wird dadurch schwächer ausfallen. Restaurants sind geschlossen, Friseure sind geschlossen. Da gibt es ganz viel Wertschöpfung, die nicht stattfindet und all das dämpft natürlich die Wirtschaftsleistung und damit das gerechnete Wirtschaftswachstum. Nur, wir glauben, dass, wenn das Ende Januar vorbei ist, dass es dann nicht so tragisch ist, weil Teil dieser Konsumausgaben werden woanders getätigt, also vielleicht im Online-Handel statt im stationären Handel, ein Teil wird nachgeholt. Und von daher gehen wir immer noch für das Gesamtjahr davon aus, dass wir ein Wachstum von deutlich mehr als 4 Prozent bekommen. Jetzt ist die Frage; wenn das sehr lange weitergeht und wir sehr viele Insolvenzen kriegen würden und sehr viel Jobs verloren gehen – das sind aber jetzt drei Wenn's

– dann müsste man wahrscheinlich an diese Prognose noch mal ran und müsste sich noch mal angucken, was da passiert. Solange das nicht so kommt, gehen wir eigentlich davon aus, dass diese Erholung intakt ist und nur verschoben, aber nicht aufgehoben ist. Das hängt natürlich auch ein bisschen davon ab, was die Politik jetzt macht und die muss natürlich schon jetzt Unternehmen ein bisschen weiter fördern. Dafür gibt es ja auch so Dinge wie die Überbrückungshilfe III. Eventuell muss man noch mal nachlegen für die Kulturschaffenden, vielleicht auch noch mal für den Einzelhandel. Und danach muss sie eben die richtigen Erwartungen dafür schaffen, dass es auch danach weiter aufwärtsgeht. Und wenn die Politik das macht, glauben wir halt, dass dieses robuste Wachstum auch noch rauskommen kann und wären da deshalb etwas optimistischer als Marcel Fratzscher. Wobei das bei dem ja ein bisschen komisch ist, weil sein eigenes Institut Szenarien vorgerechnet hat bei der letzten Prognose und da war ein Szenario eben auch der längere Lockdown und da kam, glaube ich, auch noch was von 3 Prozent Komma noch was raus. Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, aber da war auf jeden Fall ein robustes Wachstum auch für den Fall eines etwas längeren Lockdowns drin. Von daher fragt man sich, wo jetzt seine Furcht vor einem Absturz plötzlich herkommt, wenn die in der Dezemberprognose noch nicht da war.

Marco Herack:

Na ja, vielleicht kommt die vom ifo Institut, weil das ifo Institut hat uns ja vorgerechnet, dass das mit der Mehrwertsteuersenkung, diese 3 Prozent, von 19 Prozent auf 16 Prozent, dass das jetzt auch nicht so der Riesen-, na ja, Einkaufsbringer war. Also die Leute sind deswegen nicht in die Geschäfte gerannt.

Sebastian Dullien:

Das stimmt, das kommt beim ifo Institut raus. Übrigens ist auch das, was wir ja schon im Herbst gesagt haben, weil wir haben auch eine Umfrage gemacht, damals noch mit den Menschen, bevor diese Mehrwertsteuersenkung eingesetzt hat, und hatten gefragt, wie werdet ihr euch verhalten und da kam auch raus, was jetzt auch das ifo Institut bestätigt, dass die meisten Menschen nicht planen, ihr Verhalten zu ändern, weil die Mehrwertsteuer vorübergehend gesenkt worden ist. Und von daher ist das jetzt nicht so wahnsinnig überraschend, finde ich. Also das sollte jetzt eigentlich nicht das Bild grob verzerren, zumal ja der zusätzliche Konsum von der Mehrwertsteuersenkung, der hätte ja im vergangenen Jahr sein müssen, also bis zum 31. Dezember und nicht jetzt, wo, ja, Marcel Fratzscher offensichtlich ein bisschen ängstlicher wird.

Marco Herack:

Na ja, ich habe da mehr so drauf aufgesetzt, weil du ja gesagt hast, da verschiebt sich auch der Konsum in andere Sparten hinein. Aber das scheint jetzt nicht den großen Boom gegeben zu haben an der Stelle.

Sebastian Dullien:

Nein, es wird ein bisschen was beigetragen haben. Das ifo rechnet irgendwie 6,3 Milliarden Euro vor. Das ist jetzt nicht so wahnsinnig groß. Das sind 0,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Das dürfte jetzt keine großen Veränderungen für die Ganzjahreszahlen haben.

Marco Herack:

So und dann gab es mal wieder unseren Market-Einkaufsmanagerindex für die deutsche Industrie. Und aus dem geht hervor, dass im Dezember die Lieferketten unter ziemlich hohem Druck standen. Und in der Folge war eine massive Ausweitung der Lieferzeiten zu verspüren und es soll zu Engpässen bei Rohstoffen und zu Kapazitätsengpässen bei Seefracht gekommen sein. Die Einkaufspreise sind dann in Folge dessen gestiegen. Das ist ja ganz bemerkenswert. Nun könnte man ja als Erstes sagen, es ist halt Weihnachten, da kaufen die Leute wie blöde ein und dann passiert das. Aber ich glaube, das ist nicht so ganz richtig, oder?

Sebastian Dullien:

Nein, also mit Weihnachten hat das nichts zu tun. Weihnachten gibt es jedes Jahr und es ist ja auch nicht so, dass die ganze Welt das christliche Weihnachtsfest feiert. Also man darf nicht vergessen, dass China und Indien inzwischen relativ große Volkswirtschaften sind und dort ist bestenfalls eine Minderheit christlich. Die Seefrachtfrage hat damit zu tun, dass jetzt auch der Frachtverkehr wieder massiv zugelegt hat. Und das deutet darauf hin, dass eben in bestimmten Teilen der Welt sich die Wirtschaft schon deutlich erholt und das sieht man dann eben auch in solchen Zahlen. Weil die gleiche Umfrage hat übrigens auch angezeigt, dass die Industrie ihre Produktion weiter ausgeweitet hat und zwar stärker ausgeweitete hat als noch im November. Also die Industrie scheint von diesem verschärften Lockdown Light da relativ unbeeindruckt von zu sein bisher – was ein gutes Zeichen ist.

Marco Herack:

Wollte ich gerade sagen; also das heißt, das ist kein negativer Indikator hier an der Stelle, sondern das ist ein positiver, dass es wohl irgendwo wieder losgeht.

Sebastian Dullien:

Wir wissen jetzt noch nicht so genau, wo, aber da dürften dann auf alle Fälle positive Effekte eher zu spüren sein. Also Lieferketten können natürlich auch andere Gründe haben. Also es gab wohl offensichtlich auch ein paar Automobilzulieferer, wo Covid-Fälle aufgetreten sind und die dann deshalb Produktionsprobleme hatten. Aber das ist, glaube ich, jetzt eher die Ausnahme und es ist bei Weitem nicht mehr das, was wir im April gesehen haben, wo ja im Grunde zwei Drittel des Einbruchs der Wirtschaftsleistung auf das verarbeitende Gewerbe zurückging.

Marco Herack:

Also dann gehen wir doch mal davon aus, das funktioniert nun alles so halbwegs, das Leben wird besser, die Maßnahmen können durch Impfen, warmes Wetter gelockert werden und bis Herbst haben wir eine hohe Impfquote. Dann könnte ja das Leben wieder losgehen, könnte man meinen. Und dann gerade in diesem Moment, ja, brauchen die Unternehmen Geld, oder? Also die müssen ja dann investieren, die müssen Schulden abbauen. Da sagt dann der, der die Miete gestundet hat mal, aha, jetzt geht es wieder los, jetzt will ich aber auch meinen Salär haben und die Schulden noch oben drauf. Also es könnte dann durchaus passieren, dass das ein oder andere Unternehmen in Liquiditätsschwierigkeit kommt.

Sebastian Dullien:

Klar, es kann passieren, dass jetzt noch es Liquiditätsschwierigkeiten gibt, wobei ich damit rechnen würde, dass es diese Schwierigkeiten jetzt im Lockdown geben wird und nicht, wenn der Lockdown aufgehoben wird und nicht, wenn dieses Szenario kommt, dass plötzlich alle Leute mehr kaufen wollen, weil das ist dann der Moment, wo die Kassen wieder klingeln und dann ist die Liquidität auch wieder da.

Nichtsdestotrotz, im Zweifel werden wir Unternehmenspleiten bekommen, weil durch die veränderten Regeln da – vorübergehend veränderten Regeln – haben wir einfach in den letzten Monaten ziemlich wenig Firmeninsolvenzen gehabt und da gibt es einfach einen Nachlaufeffekt. Da muss man aber gucken; Insolvenz, Pleite hört sich immer so ganz schlimm an. Heutzutage bedeutet ja eine Pleite nicht mehr unbedingt und immer, dass auch die ganzen Arbeitsplätze verlorengehen. Sondern das kann auch einfach sein, Insolvenzverfahren, dass jemand anders gefunden wird, der das Unternehmen übernimmt oder der es weiterführt. Und insbesondere, wenn dann die Aufträge wieder sprudeln und die Auftragsbücher zunehmend gefüllt sind, dann sind die Chancen ganz gut, dass das gesamtwirtschaftlich nicht so auf die Beschäftigung durchschlägt. Und das wäre immer noch unsere Hoffnung. Aber darum ist es eben auch so wichtig, jetzt diese Unternehmen noch durch die hoffentlich letzten Monate der Pandemie zu ziehen, damit eben dann das Wachstum wieder schnell anspringen kann.

Marco Herack:

Aber droht uns da so eine große Insolvenzwelle? Ich lese das ja immer wieder: Die große Insolvenzwelle kommt.

Sebastian Dullien:

Du, ehrlich gesagt, wir wissen es nicht. Also wir haben ja keine Informationen dazu, wie es in den Betrieben und insbesondere in den ganz vielen Kleinbetrieben aussieht in Deutschland. Also das ist so ein bisschen eine Black Box. Und es sind ja zum Teil relativ großzügige Hilfen gezahlt worden, also diese November- und Dezemberhilfe für die Gastronomie, wo da eben 75 Prozent des Vorjahresumsatzes erstattet worden sind, das waren zum Teil recht großzügige Hilfen. Und wir haben andere Bereiche, im Kulturbereich, wo nicht so viel gezahlt worden ist. Und wir wissen halt jetzt nicht, wie es um die Unternehmen steht.

Marco Herack:

Aber da könnte man ja einfach mit Krediten, Überbrückungskrediten den Unternehmen dann doch noch mal so einen letzten Schub geben, um dann auch diese Transformationsphase in das Wachstum hinein zu bewältigen.

Sebastian Dullien:

Ja, das kann man machen, wenn es jetzt tatsächlich nur Liquiditätsprobleme sind. Wenn jetzt das Unternehmen so überschuldet ist, weil jetzt monatelang die Kosten aufgelaufen sind, dass man keine richtige Chance sieht, dass das wieder abgezahlt werden kann, dann sieht es einfach schwieriger aus.

Marco Herack:

Da wird die Feinsteuern eher schwierig dann werden.

Sebastian Dullien:

Ja, ja klar. Und das bedeutet eben auch, dass wir zum Teil einfach, glaube ich, Unternehmensinsolvenzen sehen werden. Nur, das ist im Einzelfall immer tragisch, die Frage ist nur, hat das so eine Größenordnung, dass wir da gesamtwirtschaftlich ein Problem bekommen. Und da sind wir vorsichtig optimistisch zurzeit. Also auch, weil aus den Banken jetzt nicht die Signale kommen, dass die mit so wahnsinnig vielen Kreditausfällen da rechnen.

Marco Herack:

Wir befinden uns ja jetzt im Jahr 2021. Und je nach Sicht wird zwischen 2030 und 2050 alles zu spät sein, also für die Menschheit, wenn wir unsere Klimaziele nicht erreicht haben. So und wenn Corona als Problemfaktor jetzt wirklich immer kleiner werden sollte, also so die Industrie wieder anfängt, so richtig durchzuproduzieren, die Leute wieder auf den Straßen sind, das Auto wieder in Masse genutzt wird und nicht nur in der geschmälernten Variante wie jetzt, also dann wird das Erreichen der Klimaziele ein bisschen schwierig in den nächsten Jahren. Also dieser Corona-Effekt, den wir da hatten, der wird jetzt nicht unbedingt dazu führen, dass wir einen dauerhaft positiven Beitrag geleistet haben.

Sebastian Dullien:

Nein, der Corona-Effekt, also der Rückgang des CO₂-Ausstoßes in der Krise, vor allem im ersten Halbjahr, der war ja vor allem durch ein Rückfahren der Produktion und der Mobilität ausgelöst. Und wenn wir jetzt Produktion und Mobilität wieder hochfahren, dann fährt auch der CO₂-Ausstoß wieder hoch. Das ist ein Problem. Das ist ja auch erkannt jetzt inzwischen von den allermeisten und das ist ja auch der Grund, warum sich Deutschland auf diesen Pfad begeben hat und warum auch die EU jetzt noch mal die Klimaziele angeschräfft hat. Da passiert was, aber die Frage ist halt; erstens, passiert da genug und zweitens, tun wir auch genug, dass das so passiert, dass wir am Ende auch noch eine Industrie in Deutschland haben und Industriearbeitsplätze. Das sind so die Herausforderungen jenseits der Corona-Zeit. Und diese Herausforderungen sind deshalb noch mal schwieriger, weil durch die Kreditaufnahme in der Corona-Zeit haben wir gesetzlich eine Tilgungsverpflichtung nach der Schuldenbremse. Das heißt, da muss Geld zurückgezahlt werden in den nächsten Jahren, was dann eben nicht zur Verfügung steht für neue Investitionen und insbesondere dann auch nicht für Investitionen in den Klimaschutz und in Klimaschutzinfrastruktur. Und das ist ein Problem, denn Corona, wenn wir das jetzt so überwunden haben, dann war das, war zwar eine tiefe, kurze Krise, aber es ist etwas, was man dann in den Griff bekommen hat. Aber diese Klimakrise ist eben noch mal um ein Vielfaches eine größere Krise, eine größere Herausforderung für die Gesellschaft und auch die Wirtschaft.

Marco Herack:

Ja, könnte sich dann im Nachhinein rausstellen, dass Corona da eher schädlich war? Wir haben ja jetzt erst mal diese positiven Zahlen, Rückgang und so weiter, aber wenn man dann so im Nachgang draufguckt, könnte man ja dann sagen, okay und dann fehlte uns das Geld, um mehr zu machen.

Sebastian Dullien:

Das ist eine politische Entscheidung am Ende. Wir haben jetzt gesehen, was man

alles tun kann, wozu die Gesellschaft und die Wirtschaft in der Lage ist, wenn man sagt, das und das sind nur Prioritäten, denn die Prioritäten waren jetzt ja, die Wirtschaft zu stabilisieren. Dafür ist relativ viel Geld in die Hand genommen worden. Übrigens ohne irgendwelche negativen Konsequenzen, sondern das hat man sich geliehen. Dadurch ist die Wirtschaft stabilisiert worden. Die Zinsen sind jetzt sogar noch niedriger als vorher. Schuldenstand ist ein bisschen gestiegen, aber da ist irgendwie nicht das aufgetreten, wovon viele dann auch gerne immer warnen bei so Aktionen. Das heißt aber, man hat gezeigt, die Politik ist eigentlich, wenn sie will, handlungsfähig. Und jetzt ist die Frage, was für Schlussfolgerungen man daraus zieht. Sagt man, so, wir haben bei Corona gezeigt, dass es geht, jetzt machen wir das auch, wir nehmen diesen Gestaltungsanspruch und diese Gestaltungsfähigkeit und bekämpfen damit den Klimawandel. Oder sagt man jetzt, oh, oh, oh, oh, jetzt sind die Schulden eben hier um diese 300 Milliarden gestiegen und die Schuldenquote, also unser Schuldenstand relativ zum Bruttoinlandsprodukt, ist jetzt wieder 10 Prozentpunkte höher und darum müssen wir jetzt ganz schnell die Schulden zurückzahlen und Klimaschutzinvestitionen hinten anstellen. Und wenn ich das so sage, dann fällt ja schon auf, wo wahrscheinlich meine Sympathie dafür liegt, nämlich dass man jetzt Lehren daraus zieht, was gut gelaufen ist, was dann der Staat tatsächlich auch machen kann und was gesellschaftlich möglich ist, wenn man das denn sich vornimmt und dann in die Richtung marschiert.

Marco Herack:

Es könnte aber tatsächlich 2021, auch wenn das ein Riesenthema ist, ein ziemlich verlorenes Jahr für die Geschichte sein, weil ja die Bundestagswahlen anstehen.

Sebastian Dullien:

Ja und nein. Also einerseits ist ja relativ viel schon angelegt, einmal durch das Klimapakete, was ja vor etwas mehr als einem Jahr beschlossen worden ist im Dezember 2019 und wovon man jetzt einen Teil auch an den Tankstellen spürt, also durch die höheren Benzinpreise, die CO₂-Bepreisung. Und außerdem sind ja auch in dem Konjunktur- und Zukunftspaket, zumindest auf dem Papier, da auch relativ größere Investitionen in den Klimaschutz angelegt. Das heißt, eigentlich, wenn man das umsetzt, dann muss 2021 kein verlorenes Jahr sein. Jetzt ist so ein bisschen auffällig, dass wir nicht genau wissen, was da tatsächlich umgesetzt wird. Und wenn man sich zum Beispiel anguckt, was für die Wasserstoffstrategie ursprünglich für 2021 angesetzt war und was jetzt im aktuellen Haushalt für 2021 sich wiederfindet, da sind irgendwie ein paar Milliarden verschwunden, wo uns auch nicht ganz klar ist, was damit passiert ist. Und das ist natürlich dann blöd, das sollte nicht passieren. Aber wenn man eigentlich die Dinge, die man sich da vorgenommen hat, jetzt ordentlich umsetzt, dann ist man schon mal auf dem richtigen Pfad und dann kann man eben gucken, wie es nach der Bundestagswahl weitergeht.

Marco Herack:

Eine Institution, die dann da vielleicht dann doch noch helfen könnte, ist die EZB. Weil die EZB, die überlegt ja gerade, wie sie ihre Geldpolitik neu aufstellt, ob sie vielleicht die Inflationsziele ändert oder ob sie was in Sachen grüner Geldpolitik unternimmt. Grüne Geldpolitik, was genau ist das?

Sebastian Dullien:

Ja, grüne Geldpolitik, da versteht man drunter, dass die Europäische Zentralbank mit ihren geldpolitischen Instrumenten, also dem Ankauf von Anleihen oder was sie sonst noch so alles tut, der Wirtschaft hilft, sich zu dekarbonisieren, also den Klimawandel unterstützt. Und da kann man sich alles Mögliche drunter vorstellen. Also zum Beispiel könnte die EZB bevorzugt Anleihen kaufen, die als grün gelten, das heißt, die nach dieser EU-Taxonomie dann helfen, ja, die Transformation, die Klimawende voranzutreiben. Das heißt, man würde wahrscheinlich keine Anleihen von Unternehmen kaufen, die Braunkohle fördern, sondern eher von Solarunternehmen oder für Solarparks und solche Sachen. Das wäre eine Möglichkeit. Die EZB macht ja auch eine Bankenaufsicht. Im Rahmen dieser Bankenaufsicht könnte man auch sagen, die Banken müssen mehr Kapital hinterlegen, wenn sie an Unternehmen mit braunen Technologien Kredite vergeben. Und so kann man sich alle möglichen Dinge da vorstellen.

Marco Herack:

Und glaubst du, davon kommt was? Oder wirkt dann eher so der Neutralitätsgedanke bei der EZB?

Sebastian Dullien:

Na, ich meine, das ist ja relativ heftig auch diskutiert worden und die konservativen deutschen Ökonomen sagen immer, na ja, das darf man eigentlich nicht machen, weil man dann irgendwelche Verantwortlichkeiten vermischt und außerdem, ja, die EZB dann Sachen macht, die eigentlich Aufgabe der Parlamente sind. Ich wäre da an der Stelle wesentlich offener, denn das Mandat der EZB verbietet nicht der EZB, die allgemeine Politik zu unterstützen, sondern im Gegenteil. Sie sagt, die EZB soll eigentlich primär Preisstabilität herstellen und wenn das passiert ist, darüber hinaus soll sie eben die Ziele der Europäischen Union unterstützen. Und die Bekämpfung des Klimawandels ist offensichtlich jetzt, wie man auch an dem European Green Deal sieht, das ist einfach eins der zentralen Ziele der EU. Und von daher glaube ich, dass die EZB das durchaus mit ihrem Mandat vereinbaren könnte und dass es auch Sinn machen würde. Also, nehmen wir mal diese Frage, bevorzugt grüne Anleihen zu kaufen. Wenn die EZB sagen würde, das machen wir, dann hätte man sofort einen wesentlich größeren Markt für solche grünen Anleihen. Also das würde einfach diesen Markt schaffen und da Liquidität reinbringen. Auch bei der Bankenaufsicht, finde ich, macht es total Sinn, rein aus Stabilitätsgesichtspunkten zu sagen, Banken, die Kredite vergeben an alte Technologien, Kohlekraftwerke zum Beispiel, das ist einfach riskanter und darum müssen die mehr Vorsorge treffen. Wenn jetzt irgendwas noch mal angeschräfft wird bei den Klimazielen in den nächsten Jahren, dann kann man mit so Kohlekraftwerken relativ schnell auf sogenannten Stranded Assets liegenbleiben oder sitzenbleiben. Dann hat man ein Kohlekraftwerk, das darf vielleicht nicht mehr betrieben werden oder ist nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben und da muss man es abschreiben. Und das ist natürlich, wenn ich so einen Kredit vergeben habe, dann ist das auch für die Bank gefährlich. Von daher macht das auch, ich glaube, ökonomisch Sinn. Von daher würde ich auch davon ausgehen, dass diese Beispiele, die ich gerade genannt habe, dass das so Sachen sind, wo die EZB sich auch hinbewegen wird, auch trotz aller Unkenrufe zum Trotz.

Marco Herack:

Und dann haben wir ja, wenn dann wirklich, wie vorhin schon geschildert, alles gut laufen sollte, wir dann so gegen Herbst dann oder ab Spätsommer/Herbst dann wirklich wieder mit der Wirtschaft auch in alter Laune loslegen, dann könnte es ja sein, dass auch die EZB da ihren Beitrag zu leisten kann.

Sebastian Dullien:

Ja, also ich meine, die EZB hat schon einen großen Beitrag geleistet in der ganzen Stabilisierung der Corona-Krise mit dem PEPP, also dem Pandemiesonderprogramm, wo sie Anleihen aufkaufen, aber auch mit der allgemeinen Geldpolitik und es ist richtig und wirklich gewesen. Und wir sehen und erwarten, dass die EZB das auch weiter macht. Wir sehen keine großen Inflationsgefahren – haben wir auch schon mal drüber gesprochen. Die Kapazitäten in der Eurozone sind weiter ziemlich unterausgelastet, auch wenn unsere optimistische Prognose eintritt. Werden immer noch deutlich unter dem Wachstumstrend sein, werden deutlich Unterbeschäftigung haben. Und in dieser Situation wird auch das Inflationsziel tendenziell eher nach unten verfehlt und darum wird die EZB weiter auch expansiv bleiben und das hilft natürlich dann auch der Erholung. Und da ist auch eins der Elemente, warum wir glauben, dass diese Erholung so kommt, weil eigentlich die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen und Haushalten weiterhin sehr günstig sind.

Marco Herack:

Wir haben ja unseren Hörerinnen und Hörern eigentlich nie verraten, dass du die Fragen gar nicht kennst, die ich dir stelle.

Sebastian Dullien:

Nein, ich bin da auch manchmal dann etwas überrascht, was du hier immer so fragst und darum sind auch die Antworten manchmal vielleicht nicht ganz so punktgenau, wie man sich das wünschen würde.

Marco Herack:

Ja, aber du hast mir jetzt gerade vier Fragen beantwortet, die ich stellen wollte. Deswegen dachte ich, ich erwähne das mal kurz. Aber eine würde ich dann in anderer Form doch noch stellen. Du hast gerade gesagt, die EZB wird wahrscheinlich expansiv bleiben, das heißt, sie wird weiter ihre Anleihen da kaufen, Staatsanleihen aufkaufen, Unternehmensanleihen und so weiter. Das heißt, dieses sogenannte Tapering wird eher nicht stattfinden. Und damit es jeder versteht: Was ist denn Tapering?

Sebastian Dullien:

Ja, Tapering ist das, wenn eine Zentralbank langsam das Tempo, mit dem sie Anleihen aufkauft, zurückfährt in dieser Situation dieses Quantitative Easings und des Anleihekaufes. Und von daher würde ich dir an der Stelle auch widersprechen. Du hast gesagt, es wird dann kein Tapering stattfinden. Ich gehe schon davon aus, dass die Europäische Zentralbank im laufenden Jahr jetzt das Tempo des Anleihekaufes zurückfahren wird. Denn die hat im vergangenen Jahr relativ massiv zeitweise in den Märkten interveniert und wenn sich jetzt die Wirtschaft erholt, dann muss sie das gar nicht mehr in dem Maße tun. Und das Neue, dieses PEPP, dieses

Pandemic Emergency Purchase Program, von dem ich eben auch schon gesprochen habe, das ist sehr flexibel und erlaubt eben auch, dass dann, ja, nach und nach weniger gekauft wird. Und da würde ich von ausgehen, dass das passiert.

Marco Herack:

Das läuft ja auch bis März 2022, das PEPP.

Sebastian Dullien:

Genau, aber es ist ja im Grunde so ein Rahmen, in dem die Zentralbank kaufen kann, wenn sie es für notwendig hält und es heißt nicht, dass sie dieses ganze Volumen auch ausschöpfen wird.

Marco Herack:

Na ja, bin ich mal gespannt. Ein weiterer großer Punkt. der ja, na ja, jetzt vor Kurzem endgültig dann auch beschlossen wurde, nachdem sich dann alle in der EU in irgendeiner Form geeinigt haben, dass EU-Rettungsprogramm, Hilfsprogramm für die Corona-bedürftigen oder -geschädigten Länder, also die, die es besonders brauchen, das ist ja auch ein Programm, selbst wenn wir kein Geld davon bekommen sollten in Deutschland, das auch Deutschland hilft, weil das ja gegebenenfalls unsere Kunden sind dann.

Sebastian Dullien:

Also erstens, Deutschland bekommt ja auch Geld daraus, so ist es ja auch nicht. Die Regeln sind ja so, dass eigentlich alle Mitgliedsstaaten irgendwas bekommen, nur die Verteilung ist relativ ungleich. Das Zweite ist, und das ist, glaube ich, tatsächlich wichtig, ist dieses NextGenerationEU-Programm, was also daraus besteht, dass die EU sich an den Finanzmärkten Geld leiht gemeinsam und das an die Mitgliedsstaaten verteilt, die damit zuhause Investitionen machen dürfen. Das hat tatsächlich schon dazu beigetragen schon durch die Ankündigung, die Finanzmärkte und die Erwartung zu stabilisieren. Und wir haben das mal durchsimuliert. Da kommt raus, dass insbesondere bei den Ländern, die jetzt einerseits hart getroffen sind, aber gleichzeitig da auch recht viel Geld rauskriegen, das ist so was wie Portugal, Griechenland, Italien, Spanien, da merkt man jetzt schon, das sind auch Länder, die ohnehin schon von der letzten Krise recht hart getroffen waren, bei denen kommt relativ viel auch beim Wirtschaftswachstum an. Also da ist zum Teil schon realistisch, dass dieses NextGenerationEU-Programm einen Großteil der Corona-bedingten Einbrüche oder einen beträchtlichen Teil, Großteil ist vielleicht ein bisschen übertrieben, aber einen beträchtlichen Teil dieser Einbrüche auch wieder wettmachen kann. Und das hat eben auch dazu beigetragen, dass sie Spreads zum Beispiel auf italienische Anleihen heute niedriger sind als vor Corona-Krise. Also vor der Corona-Krise mussten die einen höheren Aufschlag gegenüber den deutschen Zinsen zahlen, als sie es jetzt müssen. Und das, obwohl der Schuldenstand in Italien deutlich gestiegen ist. Und das hat einfach damit zu tun, dass da die Hoffnung besteht, dass die italienische Wirtschaft dann schneller wächst und weil eben dadurch auch einen Solidarität mit Italien bewiesen worden ist.

Marco Herack:

Ist das etwas, wo man sagen kann, das ist wirklich eine gute Sache für das

Wirtschaftswachstum dann auch gerade in dieser Nach-Covid-Zeit?

Sebastian Dullien:

Auf jeden Fall, weil das einerseits jetzt die Staaten davon entbindet, zu schnell, wenn man jetzt das makroökonomisch zusammenrechnet, also das Geld, was da von der EU kommt und was die aus dem eigenen Haushalt bezahlen, also es entbindet die Staaten davon, zu schnell konsolidieren zu müssen, das heißt zu schnell auf die Bremse zu treten. Und zweitens besteht die Hoffnung, dass von diesen Geldern relativ viel in die öffentliche Infrastruktur und in die öffentlichen Investitionen fließen und das ist gerade ein Bereich, der massiv gekürzt worden ist in der Krise 2008, 2009 und der folgenden Eurokrise und was den Ländern fehlt. Was zum Teil auch erklärt, warum diese Länder so langsam oder die Wirtschaft dieser Länder so langsam gewachsen ist, weil eben die Investitionen in die Infrastruktur fehlen. Und wenn man das jetzt richtig einsetzt, das Geld, also tatsächlich für solche Investitionen und nicht für irgendwelchen Staatskonsum, dann ist das wirklich eine ganz massive Unterstützung für die Erholung.

Marco Herack:

Jetzt haben wir ja vorhin schon über die potenziellen Insolvenzen bei den Unternehmen geredet. Wenn so ein Unternehmen insolvent geht, dann gibt es ja eigentlich auch immer einen Arbeitsplatzabbau. Das ist mit den neueren Insolvenzrechtsversionen auch immer besser geworden für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und immer kapitalmarkunfreundlicher, muss man dazusagen. Ist jetzt, wenn wir sagen, also die große Insolvenzwelle wird, selbst wenn sie kommt, so ein paar abfedernde Elemente drin haben, also muss man da jetzt wirklich Angst haben, dass auch der Arbeitsmarkt dann getroffen wird oder kann man davon ausgehen, dass das alles in einem gewissen Rahmen bleibt, also dass schlichtweg Kurzarbeit zurückgefahren wird und sich nicht eins zu eins da oder 50 Prozent davon dann in Arbeitslosigkeit übersetzt?

Sebastian Dullien:

Das hängt jetzt auch davon ab, wie gut es uns gelingt, Strukturen noch in den nächsten Monaten zu sichern und auch wie gut es uns gelingt, auch in der Industrie, die von der sozial-ökologischen Transformation besonders betroffen ist, da Arbeitsplätze zu sichern und Betriebe zu sichern. Da kommen jetzt eben zwei Dinge zusammen. Einmal: Reichen die Hilfspakete, um betroffene Unternehmen im Einzelhandel und so weiter zu stützen? Und die zweite Sache ist: Gelingt es uns tatsächlich in der Industrie, diesen höheren CO₂-Preis durchzusetzen und die Industrie auf den Pfad der Dekarbonisierung zu setzen, auch der E-Mobilität; das da voranzutreiben, ohne dass da viele Arbeitsplätze verloren gehen. Das hört sich vielleicht so an, als hätte ich deine Frage im Grunde nicht richtig beantwortet, sondern gesagt, wenn es gut wird, wird es gut und wenn es schlecht wird, wird es schlecht. So wollte ich das natürlich nicht machen, sondern der Punkt ist einfach, wenn ... da gibt es einen Kipppunkt. Und wenn ein paar Arbeitsplätze verlorengehen, ist das gesamtwirtschaftlich nicht so schlimm, weil die möglicherweise in anderen Branchen wieder neu entstehen. Wenn aber zu viele Arbeitsplätze verloren gehen und dann die Angst um sich greift, dass die Menschen ihre Jobs verlieren, sie dann Konsumzurückhaltung machen und auch noch Einkommensverluste haben, dann kann das eben zu so einer Abwärtsspirale

gesamtwirtschaftlich kommen. Und darum sind zwei Dinge total wichtig. Erstens zu verhindern, dass die Unternehmen in der Corona-Krise entlassen und zweitens ihnen eine Perspektive zu geben, in der Dekarbonisierung ein neues Geschäftsmodell zu finden, was dann eben auch für die nächsten Jahrzehnte tragfähig ist und denen denn die Anreize zu schaffen, die Beschäftigten auch zu halten.

Marco Herack:

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Dank Dir, Marco.

Marco Herack:

Ja und wenn ihr für das Jahr 2021 noch ein paar Wünsche und/oder Anregungen an uns habt, dann bitten wir euch einmal, uns auf Twitter anzutickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de eine E-Mail zu schreiben. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen – schickt sie uns gerne. Und Sebastian findet ihr auf Twitter als @SDullien, also Sebastian Dullien. Ja, dann wünsche ich auch eine schöne Zeit. Danke fürs Zuhören, bis bald. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Bis bald. Tschüss.